

## **Entwicklungspolitik als Strategie für MSO in Ostdeutschland**

Auf dem UN-Gipfel in New York im September 2015 wurde die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung von den 193 Mitgliedern der Vereinten Nationen verabschiedet. Mit Hilfe der Agenda 2030 will die Weltgemeinschaft die globalen Herausforderungen wie Hunger und Armut, Klimawandel und Ressourcenverbrauch bewältigen.

Wir als DaMOst verpflichten uns den 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG), die Kern der Agenda sind. Zu diesen zählen u.a. die Erlangung einer friedlichen und inklusiven Gesellschaft, Geschlechtergerechtigkeit, inklusive, gerechte und hochwertige Bildung, sowie ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters.

Die Agenda ist universell gültig. Der Fokus liegt nicht mehr allein auf der Entwicklung von Ländern im globalen Süden. Auch in Deutschland muss eine umfassende Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft eingeleitet werden.

### **Entwicklungspolitik heißt konsequenter Antirassismus**

Entwicklungspolitik ist eine wirksame und wichtige Strategie für MSO in Ostdeutschland. Denn durchgehend machen Migrant\*innen die Erfahrung von strukturellem Rassismus, d.h. stehen vor Hürden, die oftmals wenig sichtbar sind. Gerade in der Unsichtbarkeit dieser Hürden für all diejenigen, die nicht negativ davon betroffenen sind, liegt eine große Herausforderung und eine wesentliche Schnittstelle zwischen einem Gelingen der Umsetzung der SDGs und einer Verringerung des strukturellen Rassismus. Wer ist mit wem solidarisch? Wer profitiert von welchen gesellschaftlichen Zusammenhängen und auf wessen Kosten? Niemand kann sich dieser Auseinandersetzung entziehen. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, aber den negativ davon Betroffenen, den Migrant\*innen kommt es immer wieder zu, darauf hinzuweisen.

### **Rassistische Gewalt**

DaMOst trägt hier als Dachverband von ostdeutschen MSO eine besondere Verantwortung. Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung dokumentieren seit Jahren gewalttätige Übergriffe auf Asylsuchende. Sie finden in allen Bundesländern statt, in Ost wie West.

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl sind die ostdeutschen Bundesländer Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern jedoch gemeinsam mit Berlin Spitzenreiter dieser erschütternden Statistik. Im Jahr 2017 zählen wir in Ostdeutschland 1202 Übergriffe mit 55 verletzten Personen. Wenn wir zudem noch bedenken, dass hier keine Angriffe auf Migrant\*innen, People of Color und People of African Descent außerhalb des Asylverfahrens oder mit deutscher Staatsbürgerschaft mitgezählt werden, wissen wir, dass wir mit der erschreckenden Zahl von mehr als 3 Übergriffen pro Tag noch weit unter der alltäglichen Realität rassistischer Gewalt in Ostdeutschland liegen.

**Wir fordern**, dass migrantische Organisationen in Ostdeutschland in die Entwicklungspolitische Arbeit der Länder einbezogen werden

**Wir fordern**, dass in den entwicklungspolitischen Institutionen eine Quotenregelung eingeführt wird, die die Partizipation überhaupt erst möglich macht

**Wir fordern**, dass migrantische Organisationen Zugang zu den Fördermöglichkeiten der gängigen Programme bekommen, der bisher wegen hoher Kofinanzierung für MSO nie gegeben ist. (z.B. durch eine Art Solidaritätszuschlag)

**Wir fordern** eine stärkere Einbindung in den Prozess der Erstellung/Überarbeitung der Bildungsprogramme auf Länderebene zu Globalem Lernen

**Wir fordern** eine stärkere Vertretung in der Kommunal- und Landespolitik, da bisher keinerlei Sichtbarkeit/Vertretung gewährleistet ist (z.B. durch eine Quotenregelung)

Eingereicht und zur Abstimmung vorgelegt von Jana Michael, kommissarische Sprecherin DaMOst, Berlin 20.10.2018